

***UBG begrüsst die Androsch-Initiative für ein Bildungsvolksbegehren. Eine große Zahl an Unterschriften würde der längst nötigen Bildungsreform zweifellos eine starke Schubkraft verpassen. Das zentrale Anliegen für die UBG bleibt aber in jedem Fall die Gemeinsame Schule. Ohne diese fehlt die Kraft die Reformblockade aufzubrechen.***

### **Kurzbericht vom Vernetzungstreffen zum Volksbegehren Bildungsinitiative**

(10.1.2011 / 14 Uhr / Ovalhalle des Museumsquartiers)

Da die UBG als unterstützender Verein bei der Organisation des Volksbegehrens Bildungsinitiative (VBBI) ist, reiste der Stellvertretende Obmann Franz Bickel zum Vernetzungstreffen in Wien.

Die überraschend große Anzahl von Vereins-, InitiativenvertreterInnen und auch Einzelpersonen (ca. 150), die zu dieser ersten persönlichen Kontaktaufnahme erschienen waren, lieferte zwar ein erfreuliches Bild gegenüber den anwesenden Medienleuten, was die Dringlichkeit der Problematik betraf, forderte aber andererseits die Organisatoren ziemlich heraus, galt es doch, die Meinungen und Vorstellungen aller Anwesenden zum kommenden Volksbegehren zu sammeln.

Hannes Androsch referierte zu Beginn kurz über seine Beweggründe zum Start des Volksbegehrens, Bernd Schilcher nach der Pause über die aktuelle Situation und der Wichtigkeit, gegenüber den Regierungsparteien den Druck zu erhöhen und sie zu einer vernünftigen Reform zu drängen. Dabei war für ihn die Einführung einer Gemeinsamen Schule der 10 bis 14-Jährigen unumgänglich.

Vergleichbar einem Speed-Dating wurden die TeilnehmerInnen insgesamt fünfmal gebeten an verschiedenen Tischen Platz zu nehmen und in dieser Runde von fünf Personen diverse Themen zu diskutieren, das Ergebnis stichwortartig schriftlich festzuhalten und anschließend im Plenum vorzustellen (kurz mündlich bzw. auf einer Pinwand). Dass in den meist zwanzig Minuten dauernden Gesprächsrunden nicht erschöpfend diskutiert und Argumente oft nur gestreift werden konnten, liegt auf der Hand.

<http://www.vbbi.at/news/vernetzungstreffen-10-jaenner-2010/ergebnisprotokoll/>

In den nächsten Wochen wird ein kleines Team versuchen, die Forderungen der TeilnehmerInnen der Gewichtung nach zu ordnen und in kurze und auch für Laien verständliche Formulierungen zu gießen. Es wird Anfang Februar ein weiteres Treffen zur Präsentation der endgültigen Ergebnisse und zur „Absegnung“ der Vereine und Initiativen geben, damit anschließend die gesetzlich vorgeschriebenen Schritte zur Einleitung des Volksbegehrens gesetzt werden können. Voraussichtlich wird die Einschreibefrist Ende April oder Anfang Mai liegen.

Trotz aller positiven Aspekte des Treffens ist festzuhalten, dass eine erkleckliche Anzahl von TeilnehmerInnen entweder wenig Ahnung von einer „echten“ Gesamtschule hatten oder selbst durch belegbare Argumente nicht von ihrer ablehnenden Haltung nicht abzubringen waren. Wenn auch die große Mehrheit der Anwesenden diese Schule wünschten, es kann durchaus passieren, dass diese für uns UBG-ler maßgebliche Forderung deshalb aus dem Volksbegehren herausgehalten wird. Man wird sehen.